

# **A N T R A G**

## **EPU-Förderung**

Amt der Vorarlberger Landesregierung  
Abteilung VIa  
6901 Bregenz

## **1. Förderungswerberin/Förderungswerber:**

Name des Unternehmens:

Anschrift (Straße und Ort):

UID-Nummer:

Ansprechperson:

Telefonnummer:

Email:

Unternehmensgegenstand:

Beginn der Selbständigkeit:

Werden bzw. wurden noch weitere Mitarbeiter eingestellt?

Wenn ja, wie viele

Nein

Bestätigen Sie, dass die eingestellte Arbeitskraft gemäß § 3 der Förderrichtlinie nicht Ehepartnerin/Ehepartner, eingetragene Partnerin/eingetragener Partner, Lebensgefährtin/Lebensgefährte, Kind, Elternteil, Geschwister, Enkelkind und Adoptiv- und Stiefkind ist?

Ja

Nein

Beziehen Sie noch Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit?

Ja

Nein

Beantragte Förderung bei anderen Förderstellen:

Wenn ja, wo:

Erhaltene De-minimis-Förderungen innerhalb der letzten 3 Jahre (bitte ankreuzen):

Ja

Nein

Falls ja, von wem und in welcher Höhe:

## **2. Bankverbindung**

Name des Unternehmens:

BIC:

IBAN:

Das Unternehmen bestätigt mit der Unterschrift des Antragsformulars, dass es sich hier um ein legitimes Konto des Unternehmens handelt.

Das Unternehmen bestätigt weiters, dass

- a) es den Organen des Landes und/oder den Organen der EU Überprüfungen des Förderungsvorhabens durch Einsicht in die betreffenden Bücher, Belege und Unterlagen und durch Besichtigungen an Ort und Stelle gestattet und die erforderlichen Auskünfte erteilt,
- b) es erledigte, laufende oder beabsichtigte Förderungsansuchen zum gleichen Vorhaben bei anderen Rechtsträgern oder Dienststellen mitteilt,
- c) es sich verpflichtet, bei unvollständig eingebrachten Förderungsanträgen die ausstehenden Unterlagen nach Möglichkeit innerhalb von 6 Monaten nach Antragstellung nachzureichen, da ansonsten der Antrag außer Evidenz genommen werden kann,
- d) es sich verpflichtet, das Auftreten von Gründen, die zum Widerruf der Förderung führen können, dem Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten, unverzüglich schriftlich bekannt zu geben und über wesentliche Änderungen zu informieren.

Das Unternehmen nimmt zur Kenntnis, dass

- a) die Förderungszusage ihre Wirksamkeit verliert und Geldzuwendungen zurückzahlen oder sonst gewährte Förderungen zurückzuerstatten sind, wenn
  1. die Förderung auf Grund unrichtiger oder unvollständiger Angaben des der Förderungswerberin bzw. Förderungswerbers erlangt wurde, oder

2. die geförderte Leistung aus Verschulden der Förderungswerberin bzw. des Förderungswerbers nicht oder nicht rechtzeitig ausgeführt wurde oder ausgeführt wird, oder
  3. die Förderung widmungswidrig verwendet wird, oder
  4. Überprüfungen durch Organe des Landes verweigert oder behindert werden, oder
  5. erkennbar wird, dass die Rückzahlung der geförderten Finanzierung nicht mehr vertragsgemäß erfolgt oder
  6. die vorgeschriebenen Bedingungen und Auflagen aus Verschulden der Förderungswerberin bzw. des Förderungswerbers nicht erfüllt werden,
- b) Geldzuwendungen, die gemäß Abs. 6 lit. f zurückzuzahlen sind, vom Tage der Auszahlung an bis zur gänzlichen Rückzahlung mindestens mit dem für diesen Zeitraum jeweils geltenden Referenzzinssatz gemäß Art. 1 § 1 Abs. 2 des 1. Euro-Justiz-Begleitgesetzes, BGBl. I Nr. 125/1998, kontokorrentmäßig verzinst werden,
- c) sich derjenige/diejenige, der/die eine ihm/ihr gewährte Förderung missbräuchlich zu anderen Zwecken als zu jenen verwendet, zu denen sie gewährt worden ist, gemäß § 153 b des Strafgesetzbuches strafbar macht.

Das Unternehmen erklärt, dass

es die Bestimmungen der „Allgemeinen Förderungsrichtlinien der Vorarlberger Landesregierung (AFRL)“, insbesondere die Bestimmungen gemäß § 5, anerkennt. Gemäß § 5 der AFRL können personenbezogene Daten über Förderungen, sowie Zweck, Art und Höhe der Förderung an den Bundesminister für Finanzen zur Verarbeitung in der Transparenzdatenbank übermittelt werden.

<http://www.vorarlberg.at/pdf/allgemeinefoerderungricht.pdf>

Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Unternehmen inkl. Firmenstempel

**Beilagen (sind dem Antragsformular beizulegen):**

- Dienstvertrag
- Krankenkasse-Anmeldung des neuen Dienstnehmers
- Nachweis der Gebietskrankenkasse, dass in den letzten 5 Jahren keine Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer zur Sozialversicherung gemeldet waren
- Gewerberegisterauszug
- Firmenbuchauszug (falls vorhanden)